

X

Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung
des Wasserbeschaffungsverbandes, Ostteil Kreis Hersfeld,
Sitz Heringen (Werra), am 28.4.1967, um 16.00 Uhr, im
Jugendheim Heringen (Werra)

Heringen (Werra), den 28. 4. 1967

Die Mitglieder des Wasserbeschaffungsverbandes wurden am 21. 4. 1967 auf heute 16.00 Uhr, unter Bekanntgabe der Tagesordnung zu einer Sitzung in das Jugendheim Heringen eingeladen.

Es sind erschienen:

1. Verbandsvorsteher Bürgermeister Sibert , Heringen (Werra)
2. Bürgermeister Wenk , Lengere
3. " Reuber , Heimbaldshausen
4. " Bock , Bengendorf
5. " Peter , Widdershausen
6. " Sippel , Herfa
7. " Schindler, Harnrode
8. 1. Beigeordneter Fröhlich , Wölfershausen
9. Gemeindeoberinspektor Schäfer , Heringen (Werra)
10. Wassermeister Weiß , Heringen (Werra)

Die Bürgermeister Koch (Friedewald) und Störl (Leimbach) fehlten entschuldigt.

Die Versammlung ist beschlußfähig.

Nachstehende Tagesordnung wurde behandelt:

1. Erörterung der neuen Richtlinien über die Inanspruchnahme der Schuldendiensthilfe
2. Beratung über die Durchführung weiterer Baumaßnahmen.
3. Entlastung des Verbandsvorstandes für die Jahre 1960-1964.
4. Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 1967.
5. Beschlußfassung über die Vertretung des Wassermeisters.
6. Schadenregulierungen.
7. Beratung über die Einsprüche der Gemeinden Herfa und Wölfershausen wegen der Heranziehung zur Wassergeldzahlung.
8. Verschiedenes.

Ergebnis der Beratung

- Zu 1.) Die Verbandsversammlung hat die neuen Richtlinien über die Inanspruchnahme der Schuldendiensthilfe mit Empörung zum Kenntnis genommen. Der heute von den Richtlinien vorgesehene Preis zwingt die Verbandsgemeinden dazu, ihr Gold innerhalb von 2 Jahren um 100 % - 200 % (und darüber) zu erhöhen. Angesichts der heutigen wirtschaftlichen Entwicklung wird diese Forderung nicht verstanden. Die Auffassung des Verbandes soll der Aufsichtsbehörde dargelegt werden. Der Verbandsvorsteher wird beauftragt, Schritte einzuleiten, die es dem Verband gestatten, angesichts der besonderen Umstände bei einem Wasserpreis von 0,60 DM zu verbleiben.
- Zu 2.) Die Verbandsversammlung hat zu dieser Frage bereits am 15. 9. 1966 Stellung genommen. Diese Stellungnahme ist der Aufsichtsbehörde zum Kenntnis gebracht worden. Bis heute ist der Verband ohne jede Nachricht geblieben. Der Verband hatte alle Vorbereitungen getroffen, die im April 1966 mit den Vertretern der Regierung in Kassel abgesprochen waren, um beim Eintritt von Mitteln nach Erklärung der gesamten Restfinanzierung sofort mit der weiteren Ausbau beginnen zu können. Die Frage der Restfinanzierung des III. B.A. mit 2.160.000,- DM ist aber noch völlig ungeklärt. Aus haushaltstechnischen Gründen ist deshalb eine Fortführung der Arbeiten vorerst nicht möglich.
- Auch die Versorgung nach Widdershausen kann vor Klärung der Gesamtfinanzierung des III. B.A. nicht verlegt werden, weil der Verband nicht in der Lage ist, mit dem jetzt vorhandenen Wasser aus dem Kothebachtal, Widdershausen zu versorgen. Der Anschluß der übrigen Brunnen (Gießlingschirzche) ist vorher unbedingt notwendig. Der Bürgermeister der Gemeinde Widdershausen legte noch einmal eindringlich die katastrophale Lage der Wasserversorgung seiner Gemeinde dar. Der Verband sieht aber keine Möglichkeit, Widdershausen noch aus dem jetzigen Bau zu versorgen, ohne die Versorgung der bereits seit 1960 dem Verband angehörenden Gemeinden zu gefährden.
- Zu 3.) Der Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes Bad Herold für die Jahre 1960-1964 wurde der Verbandsversammlung bekannt gegeben. Auf Antrag von Bürgermeister Wenk, Lengers, wurde dem Verbandsvorstand einstimmig Entlastung erteilt.
- Zu 4.) Der in der Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1967 wurde einstimmig gebilligt. Falls die kfm. Durchführung beibehalten wird, soll dieser Plan zugleich die Grundlage für den dank aufzustellenden Wirtschaftsplan bilden.

X

Wasserbeschaffungsverband
- Ostteil Kreis Hersfeld - Heringen (Werra), den 20. 5. 1967
Sitz Heringen (Werra)

Az.: WBV.-Sch/Vo.

An den
Herrn Hess. Minister
für Landwirtschaft und Forsten



in Wiesbaden

auf dem Dienstwege

In der letzten Verbandsversammlung, die am 28. 4. 1967 stattfand, wurden die neuen Richtlinien über die Schuldendiensthilfen des Landes Hessens besprochen.

Einstimmig brachten die Vertreter der Verbandsgemeinden ihre Empörung über die Festsetzung der neuen obm-Preise für das Wassergeld zum Ausdruck.

Die Gemeinden stehen auf dem Standpunkt, daß sie bei früheren Gelegenheiten in verschiedenen Verhandlungen bewußt oder unbewußt getäuscht, zumindest aber von den zuständigen Stellen nicht im genügenden Maße aufgeklärt worden seien. Bei den Verhandlungen, die seinerzeit zur Bildung des Verbandes geführt hätten, sei von einem obm-Preis des Wassers für die Verbandsgemeinden von 0,40 DM pro obm ausgegangen worden.

Es war teilweise auch davon gesprochen worden, daß die Gemeinden ihr eigenes Wasser, soweit möglich, weiter verwenden könnten und nur die fehlende Menge vom Verband abzunehmen sei.

In der Praxis zeigt sich, hauptsächlich durch die strengen Bestimmungen der Schuldendiensthilfe, daß dieses Verfahren nicht zur Anwendung kommen kann, da dem Verband in jedem Fall das volle Wassergeld zu den in den Richtlinien angeführten Preis angerechnet wird.

So hatte z. B. die Gemeinde Heringen (Werra) bei einem Wasserpreis von 0,25 DM bis zum Jahre 1964 noch Gewinne in der Wasserversorgung zu verzeichnen. Zum 1. 7. 1965 hat die Gemeinde Heringen (Werra) dann den Wasserpreis auf 0,50 DM angehoben.

Um den Richtlinien zu genügen, ist am 1. 1. 1966 das Wassergeld auf 0,60 DM angehoben worden.

Ähnlich verhält es sich auch in den anderen Gemeinden. Die Bürgermeister berichteten übereinstimmend, daß sie unmöglich zum 1. 1. 1967 schon wieder eine Erhöhung des Wassergeldes vornehmen könnten, ohne daß mit schärfster Reaktion der Bevölkerung zu rechnen sei.


X

Die Bevölkerung unseres Zonenrandgebietes, die durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage in der Kaliindustrie bereits erhebliche Einkommensverluste hinnehmen mußte, kann nicht verstehen, daß zu einem Zeitpunkt, zu dem die Bundesregierung die Festigung des Preisgefüges begrüßt, von der Hess. Landesregierung solche Preissteigerungen vorgeschrieben werden.

Für die Gemeinde Heringen (Werra) würde die geforderte Erhöhung auf 0,85 DM zum 1. 1. 1967 eine Steigerung des Wasserpreises um 240 % innerhalb von 2 Jahren bringen.

Die Verhältnisse in den anderen Gemeinden gleichen denen der Gemeinde Heringen (Werra).

Wir möchten deshalb dringend an die verantwortlichen Stellen appellieren, die neuen Schuldendienstrichtlinien nicht auf unseren Verband anzuwenden.


Verbandsvorsteher

X

Niederschrift über die Sitzung der Verbandsvor-
sammmlung des Wasserbeschaffungsverbandes - Ostteil
Kreis Hersfeld - Sitz Heringen (Werra), am 24.8.1967,
um 16.00 Uhr, im Jugendheim der Gemeinde Heringen/W.

Heringen (Werra), den 24.8.1967

Die Mitglieder des Wasserbeschaffungsverbandes wurden am 18.
8. 1967 unter Hinweis auf den § 19 der Verbandsatzung wegen
der Dringlichkeit der Angelegenheit mit verkürztem Termin zu
einer Sitzung in das Jugendheim in Heringen (Werra) eingeladen.

Es sind erschienen:

| | | | |
|-----|--------------------|-----------------------|----------------------|
| 1. | Verbandsvorsteher | Bürgermeister Siebert | - Heringen (Werra) |
| 2. | Bürgermeister | Peter | - Wäldershausen |
| 3. | " | Sösel | - Balmbach |
| 4. | " | Wenk | - Lengene |
| 5. | " | Schindler | - Hamboke |
| 6. | " | Reuber | - Reinboldshausen |
| 7. | Beigeordneter | Stephan | - Friedewald |
| 8. | " | Fröhlich | - Wölferhausen |
| 9. | Reg.Ob. Inspektor | Müller | - Bad Hersfeld |
| 10. | Kreisoberinspektor | Nennstiel | - Bad Hersfeld |
| 11. | Bau-Ingenieur | Schneider | - Fulda |
| 12. | Dipl. Ingenieur | Niklas | - Bad Homburg v.d.H. |
| 13. | Bau-Ingenieur | Velte | - " " v.d.H. |
| 14. | Gen. Oberinspektor | Schäfer | - Heringen (Werra) |
| 15. | Wassermeister | Weiß | - " " |

Die Versammlung ist beschlußfähig.

Nachstehende Tagesordnung wurde behandelt.

- 1.) Bericht über die Finanzierung des III. Bauabschnittes.
- 2.) Beschlußfassung über die Ausschreibung der Arbeiten für den III. Bauabschnitt.
- 3.) Aufnahme eines Darlehens bei der Kreis- und Stadtparkasse Bad Hersfeld.

Der Punkt 3 war auf der Einladung nicht als Tagesordnungspunkt angegeben. Auf Grund eines einstimmigen Beschlusses erfolgte die Aufnahme als Tagesordnungspunkt.

Ergebnis der Beratung

Verbandsvorsteher Heinrich Siebert teilte den Verbandsmitgliedern mit, daß auf Grund einer tel. Benachrichtigung durch das Hess. Landwirtschaftsministerium mit folgenden Mitteln im Rj. 1967 zu rechnen sei.

X

Im Anschluß an die Darlegungen des Verbandsvorstandes entspann sich eine lebhaft diskutierte Diskussion über die Frage, ob angesichts dieses finanziellen Ergebnisses mit der Ausführung des III. Bauabschnittes begonnen werden könne.

Bürgermeister Reuber, Hainboldshausen, meinte, daß mit diesem Ergebnis noch immer die alte Forderung des Verbandes nicht erfüllt sei, den I. und II. Bauabschnitt umzufinanzieren, bzw. das Land Hessen zu veranlassen, bereits jetzt bekanntzugeben, wie die Maßnahmen des Verbandes endgültig finanziert werden sollen. Es sei lediglich wieder ein Frostkloster. Angesichts der prozentualen Zuweisungen an andere Verbände könne man nicht von zufriedstellenden Lösungen sprechen.

Dieser Meinung schlossen sich alle anwesenden Verbandmitglieder an.

Nacheinander machten zu diesem Themenkreis dann Verbandsvorsteher Siebert, Kreisoberinspektor Nennstiel und Verbandsrechner Schäfer darauf aufmerksam, daß den Verbandsvertretern bei wiederholten Besprechungen mit Regierungsvertretern in Kassel und Wiesbaden einschließlich des Hess. Landwirtschaftsministeriums zugesichert worden sei, daß die endgültige Finanzierung am Ende der Baumaßnahme, die auf 6.160.000,-- DM beziffert ist, klaggestellt werden soll, und daß damit zu rechnen sei, daß ein Teil der Darlehen durch zu gewährende Zuschüsse des Landes abgedeckt werde/.

Von Seiten der Verbandsmitglieder wurde daraufhin festgestellt, daß man diese mündlichen Versprechungen nun seit Jahren kenne, das Land aber in keinem Erlaß^{sich} bisher diesbezüglich festgelegt habe.

Von Herrn Nennstiel wurde erwidert, er habe diese Bedenken des Verbandes bei der letzten Besprechung im Hess. Landwirtschaftsministerium vorgetragen. Es sei ihm darauf in Beisein der übrigen Besprechungsteilnehmer (Bürgermeister Peter, Bürgermeister Schindler u. Verbandsrechner Schäfer) erklärt worden, den Aussagen der Regierungsvertreter müsse man schon glauben und im übrigen Vertrauen zu den, wenn auch mündlichen, Zusagen haben.

Trotz großer Bedenken beschloß sodann die Verbandversammlung einstimmig, bei Stimmenthaltung von Bürgermeister Reuber, die Ausschreibungen für den III. Bauabschnitt vorzunehmen.

X

Wird im Werratal das Wasser teurer?

Besseres Versorgungsnetz ist teurer

Heringen / Friedewald / Widdershausen (ywa). Wird im Werratal das Trinkwasser teurer? Werden neun der zehn dem Wasserbeschaffungsverband im Ostteil des Kreises Hersfeld angehörenden Gemeinden Friedewald, Herfa, Heringen, Leimbach, Bengendorf, Widdershausen, Lengers, Harnrode und Heimbaldshausen der Empfehlung der Verbandsversammlung folgen, den Wasserpreis von 0,60 DM auf 0,85 DM zu erhöhen? Die zehnte Gemeinde, Wöllershausen, hat bereits vor einiger Zeit das Wassergeld auf diesen Betrag angehoben, weil sie ihr Wasserversorgungsnetz verbessern mußte.

Das ist die Situation, vor die sich der Wasserbeschaffungsverband gestellt sah: Um die Wasserversorgung weiter zu sichern, muß der Verband an der Gieslingskirche bei Friedewald einen neuen Brunnen schaffen, die Leitung von der Gieslingskirche zu dem bereits bestehenden Verbandswasserhochbehälter bauen, einen weiteren Hochbehälter bei Friedewald verwirklichen, die Ringschlußleitung zwischen Lengers und Heringen verlegen und die Gemeinde Widdershausen mit dem Verbandswassernetz verbinden — ein Projekt von rund sechs Millionen DM. Diese Summe kann der Verband alleine nicht aufbringen. Er braucht die Hilfe des Landes, die ihm zuteil wurde. Arbeiten in Höhe von 1,5 Millionen DM zu

diesem Projekt wurden inzwischen vergeben.

Das Land freilich wünscht, wenn es Zuschüsse gibt, daß ein Mindestpreis von 0,85 DM im Zonengrenzraum pro Kubikmeter erhoben wird. Bislang wurden im Werratal durchweg 60 Pfennig verlangt, die Empfehlung der Verbandsversammlung, auf 85 Pfennige zu erhöhen, trägt den Wünschen des Landes Rechnung, die es an seine Mittel bindet. Die Verbandsversammlung kann den jetzt entscheidenden Gemeindevertretern nur empfehlen. Werden aber die Gemeindeparlamente folgen? Was sagen die Bürgermeister von Heringen, Widdershausen, Heimbaldshausen und der erste Beigeordnete von Friedewald, Stephan? Er sprach von einer Zwangssituation. Eine Erhöhung könne kaum abgelehnt werden, weil Friedewald dann rund 750 000 DM als Anteil an dem Sechs-Millionen-Projekt zu tragen habe. Stephan bedauernd: es gebe nach seiner Auffassung keine andere Möglichkeit.

Bürgermeister Reuber (Heimbaldshausen) nannte eine erneute Wasserpreiserhöhung indiskutabel. Gerade in diesem Fall könne der Staat beweisen, daß es ihm mit Erleichterungen für die Zonenrandbevölkerung wirklich ernst sei. Immer wieder werde von Prominenten darüber gesprochen. Deshalb könne man nicht verstehen, daß man in einem Gebiet, das zudem noch die höchste Arbeitslosenquote aufweise, den kleinen Mann immer neuen finanziellen Belastungen aussetze.

Der Bürgermeister von Widdershausen, Konrad Peter, dessen großes Sorgenkind die Wasserversorgung ist, ist ebensowenig begeistert wie seine Amtskollegen, aber: „Wenn wir gesundes Wasser haben wollen, müssen wir wohl in den sauren Apfel beißen“. Er sei in der Vergangenheit oft von Bürgern wegen des Wasserproblems angesprochen worden, die bereit seien, etwas mehr zu bezahlen, wenn ihnen nur gutes Wasser geliefert werde.

Heinrich Siebert, Gemeindeoberhaupt in Heringen, hat am Donnerstagsabend vor der Gemeindevertretung erklärt, man habe alles versucht, um die Erhöhung zu umgehen. Dies sei jedoch nach Lage der Dinge nicht möglich. Das Ziel, das man vor Augen haben müsse, sei ein möglichst schneller Abschluß des Projektes und seiner Finanzierung. Die Zukunft werde zeigen, ob man eventuell den Wasserpreis wieder ermäßigen könne. Die Gemeindevertretung vertagte an diesem Abend die Entscheidung über eine Erhöhung des Wasserpreises.

den 19. Dezember 1967

I/79 b 06

An den

1. Herrn Regierungspräsidenten

in 3500 Kassel

Betr.: Antrag der Wintershall Aktiengesellschaft - Kaliwerk
Wintershall - in Heringen auf Gewährung des Rechts zur
Inbetriebnahme weiterer Schluckbrunnen und über die Er-
höhung der täglichen Versenkmenge

Bezug: Verfügung vom 29. November 1967, III/5 Az.: B-Nr. 147

Um die Produktivität des Kaliwerkes Wintershall zu erhalten und
um damit Arbeitsplätze im Zonenrandgebiet zu sichern, stimme ich
unter Zurückstellung von Bedenken dem Antrag der Wintershall-AG.
zur Inbetriebnahme der Schluckbrunnen 6 'Kleinensee 4', 7 'Bodes-
ruh', 8 'Eichhorst 1' und 9 'Eichhorst 2' und zur Erhöhung der
täglichen Versenkmenge zu.

Wie sich aus dem Gutachten des Hess. Landesamtes für Bodenforschung
vom 8.8.1967 zu dem Antrag der Wintershall-AG. ergibt, muß nach In-
betriebnahme der genannten Brunnen ein Zutagetreten von Versenklaugen
auch in Gebieten des Ostteils des Kreises Hersfeld befürchtet werden,
die bisher durch Salzwasseraustritte noch nicht gefährdet waren. Da-
nach ist der Austritt im Herfetal, im Solktal und sogar im Raum von
Bad Hersfeld nicht auszuschließen. In der Gemarkung Kathus tritt be-
reits eine salzhaltige Quelle aus. Die Gefährdung einer größeren An-
zahl Trinkwassergewinnungsanlagen der Gemeinden und des Wasserbeschaffungs-
verbandes Ostteil, Kreis Hersfeld, kann nach diesen Feststellungen nicht
mehr ausgeschlossen werden.

Ich halte es daher für erforderlich, daß die in dem Gutachten geforderten
Sicherungsmaßnahmen umgehend getroffen und die vorgeschlagenen Be-

obachtungsmaßnahmen mit der Inbetriebnahme der v.g. Brunnen von der Antragstellerin durchgeführt werden,

Im Interesse der Gemeinden, die, wie der Versenklaugeneinbruch in der Igelsdorfer Quelle in Widdershausen gezeigt hat, innerhalb von wenigen Tagen in einen Wassernotstand geraten können, muß die Haftungsfrage für künftige Fälle unmißverständlich geregelt werden. Kosten für erforderlich werdende Wasseruntersuchungen, für die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen und notfalls auch für eine Ersatzwasserversorgung der Gemeinden dürfen den Gemeinden bzw. dem Wasserbeschaffungsverband nicht entstehen.

Ich wäre dankbar, wenn diese Fragen eingehend in dem Bewilligungsverfahren behandelt werden und als Auflagen in dem Bewilligungsbescheid ihren Niederschlag finden würden. Sollte eine derart weitgehende Absicherung der Gemeinden in dem Bewilligungsverfahren nicht möglich sein, müssten entsprechende Zusicherungen des Landes gegeben werden.

*Das mit Vff v. 19/10.61 übersandte Schreiben des H.L.P.B. v. 8.8.67 nicht auf
antliegend zurück.
gez. Z e r b e*

2. An das
Wasserwirtschaftsamt
in 6400 F u l d a

3. An das
Kreisgesundheitsamt
im H a u s e

Vorstehende Durchschrift übersende ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

4. W.v.
gef./Cl.

ab am: 19. 10. 67 *D*

den 21. Juni 1968

I/79 b 06

1. An den
Herrn Regierungspräsidenten

in 3500 K a s s e l
=====

Betr.: Antrag der Wintershall Aktiengesellschaft - Kaliwerk
Wintershall - in Heringen/W., auf Gewährung des Rechts
zur Inbetriebnahme weiterer Schluckbrunnen und über
die Erhöhung der täglichen Versenkmenge

Bezug: Verfügung vom 24.4.1968, Az.: III/5 - B - Nr. 147

Anliegend reiche ich die dritte Ausfertigung der Antragsunterlagen nach Einsichtnahme wieder zurück. Wie bereits in meinem Bericht vom 19.12.1967 dargelegt, bestehen unter Berücksichtigung der im Werragebiet sich ergebenden Verhältnisse (Versalzung verschiedener Quellen) erhebliche Bedenken, zumal, wie auch im Gutachten des Hess. Landesamtes für Bodenforschung in Wiesbaden vom 8.8.1967 ausgeführt, nach der Inbetriebnahme weiterer Schluckbrunnen ein Zutagetreten von Versenklaugen auch in bisher nicht gefährdeten Gebieten des Ostteils des Kreises Hersfeld befürchtet werden muß. Nach diesem Gutachten ist sowohl eine Gefährdung des Herfa- und Solztales als auch der Raum von Bad Hersfeld, und damit für die hier befindlichen Wassergewinnungsanlagen von einer Anzahl von Gemeinden, besonders jedoch die des Wasserbeschaffungsverbandes 'Ostteil des Kreises Hersfeld' nicht auszuschließen.

Im Interesse der Gemeinden halte ich es daher für erforderlich, daß sowohl die im Gutachten geforderten Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, als auch die Haftungsfrage für evtl. Versenklaugen eindeutig geregelt wird.

Die übersandte Bekanntmachung habe ich im Hersfelder Kreisblatt veröffentlichen lassen. Die Rechnung sowie eine Ausfertigung der Veröffentlichung füge ich mit der Bitte um weitere Veranlassung bei.

Anlage

2. Z.d.A.
gef./Cl.

ab am: _____



Der Landrat
des Landkreises Hersfeld-Rotenburg

6430 Bad Hersfeld , den 24. Sept. 1974
Friedloser Str. 12
Postf.-b. 220
Bankk.: Kreis- u. Stadtparkasse Hersfeld Nr. 10
Postscheckkonto: Frankfurt/M. Nr. 212477
Telefon (06621) 871 323
Durchwahl 87.....
(Hausapparat)

Akt-Z. LH 3.2 - 33 g 1-23/72
(Bei Antwortschreiben bitte angeben)

┌ Abs.: Der Landrat des Landkreises Hersfeld-Rotenburg, 6430 Bad Hersfeld ┐

An den
Verbandsvorsteher des Wasser-
beschaffungsverbands "Ostteil"

6432 K e r i n g e n
=====

Betr.: Antrag auf Erteilung der Genehmigung zur Aufnahme
eines Darlehens in Höhe von 400.000,-- DM zum Bau
von Verbindungsleitungen zur Gemeinde Philippsthal
im l. BA.

Bezug: Ihr Antrag vom 21. 9. 1974

Hiermit bestätige ich den Eingang Ihres o. a. Antrages.

Die Darlehensgenehmigung wird von mir nur unter Zurück-
stellung erheblicher Bedenken und nur deshalb erteilt,
weil die Baumaßnahme bereits weitgehend fortgeschritten
ist.

Die aufgenommenen Darlehen erfordern umfangreiche Til-
gungs- und Zinsleistungen, deren Abdeckung durch Umlage-
forderungen an die Verbandsgemeinden in Höhe von insgesamt
313.000,-- DM nach dem Wirtschaftsplan 1974 erfolgt.

Die Umlageforderungen bedeuten für die Verbandsgemeinden
eine weitere Einengung des z. T. ohnehin schon geringen
freien finanziellen Spielraumes und ggfl. Zurückstellung
anderer dringend notwendiger Investitionen.

Eine baldige Umfinanzierung der aufgenommenen Darlehen in
Höhe von 6,2 Mill. DM wird daher für unbedingt erforderlich
gehalten und ich bitte in diesem Zusammenhang sich um einen
baldigen Abschluß der diesbezüglichen Verhandlungen mit den
zuständigen Behörden des Landes Hessen zu bemühen.

~~3. September~~


Wasserbeschaffungsverband
"Ostteil, Kreis Hersfeld-Rotenburg"
Sitz: 6432 Heringen (Werra)

6432 Heringen (Werra), den 2. Oktober 1974
Postfach 35
Tel. 06624 - 207 / 217
Az.: Sch/Ni

An
Herrn Bundesminister für
Innerdeutsche Angelegenheiten
Egon F r e n k e

5300 B o n n

Betr.: Wasserversorgung im Grenzbereich zur DDR;
hier: Verchlörung der Trinkwasserversorgung durch die Ein-
wirkungen der Kali-Industrie im Merrakaligebiet

Sehr geehrter Herr Minister!

Durch die Versenkung eines großen Teiles der Kalialbwasser in den Platten-
Dolomit und zwar in einer Menge, die mehr als das 3-fache Fassungsvermögen
des Edersees ausmacht, ist die Trinkwasserversorgung unseres Kalireviere
sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden.

Die Gemeinden Heringen, Philippsthal und Friedewald sind mit einer Ein-
wohnerzahl von rd. 16.000 an die Verbandseinrichtungen des Verbandes
angeschlossen oder der Anschluß steht unmittelbar bevor.

Die Kosten für die Verbandsleitungen und -einrichtungen, die bis in den
Bereich der Stadt Bad Hersfeld geführt werden mußten, betragen knapp
10,0 Mio. DM; weitere 2 - 3 Mio. DM müssen noch aufgebracht werden. Die
Kali-Industrie beteiligt sich an der Aufbringung dieser Kosten nicht.

Es konnte

Es konnte auch bisher nicht festgestellt werden, wer evtl. in Anspruch genommen werden könnte. Versenkungen wurden und werden auf beiden Seiten der Demarkationslinie vorgenommen.

So werden die Gemeinden durch die Notwendigkeit, lange Leitungen verlegen zu müssen, über Gebühr finanziell belastet. Eine gemeinsame Inanspruchnahme aller beteiligten Werke, die m. E. insgesamt haften müßten, ist nicht möglich wegen der infolge des 2. Weltkrieges eingetretenen Spaltung Deutschlands. Eine Seite schiebt die Schuld auf die andere, und die Gemeinden hängen an ihren finanziellen Verpflichtungen.

Diese Verpflichtungen sind so drückend geworden, daß die Aufsichtsbehörde -ebenso wie wir selbst- große Bedenken über das weitere Schicksal des Verbandes hat.

Eine Aufstellung über die bisherige Finanzierung des Verbandes ist beigefügt; ebenso eine Aufstellung über die Kostensituation. Wir bitten Sie nun, sehr geehrter Herr Minister, dabei zu helfen, daß eine Umfinanzierung des Verbandes vorgenommen werden kann. Dies wäre m. E. auf folgende Weisen möglich:

1. Gewährung eines Bundeszuschusses zur Abdeckung kostengünstiger Darlehen;
2. durch die Gewährung jährlicher Zuschüsse über die Laufzeit der Darlehen hin verteilt;
3. Gewährung hoher Zuschüsse für die restlichen Ausbauarbeiten, um dadurch die Gesamtfinanzierung zu verbessern.

Die Situation der Trinkwasserversorgung ist den hessischen Stellen (Landratsamt, Wasserwirtschaftsamt, Regierungspräsident, Ministerium) hinlänglich bekannt. Wir haben immer wieder versucht, für diese Schäden einen Ausgleich zu erhalten, weil unsere Bevölkerung sonst stark benachteiligt ist. Vom Land wurden wir darauf hingewiesen, daß die Ent-

schädigung

schädigung solcher Kriegsfolgen bzw. von Schäden, die im Zusammenhang mit innerdeutschen Angelegenheiten stehen, vom Bund erfolgen müßten.

Wir bitten Sie deshalb, uns aus der Not zu helfen.

Bei voller Weitergabe der Kosten würde der Wasserpreis bei uns z. Z. 3,-- DM pro m³ betragen.

Dieser Tatbestand wurde vom Unterzeichneten auch dem innerdeutschen Ausschuß während der Kreisreise Ende März d. J. vorgetragen. Dabei ist auch Herr Staatssekretär H e r o l d anwesend gewesen.

Wir bitten, unser Anliegen ernsthaft zu prüfen. Wir sind gerne bereit, alle Einzelheiten und weitere wichtige Tatbestände vorzutragen.

Wir sind selbstverständlich auch bereit, diese Angelegenheit den zuständigen Referaten Ihres Ministeriums im einzelnen zu erläutern.

Sehr geehrter Herr Minister, lassen Sie uns nicht im Stich, sondern helfen Sie dem Verband aus einer äußerst mißlichen Lage.

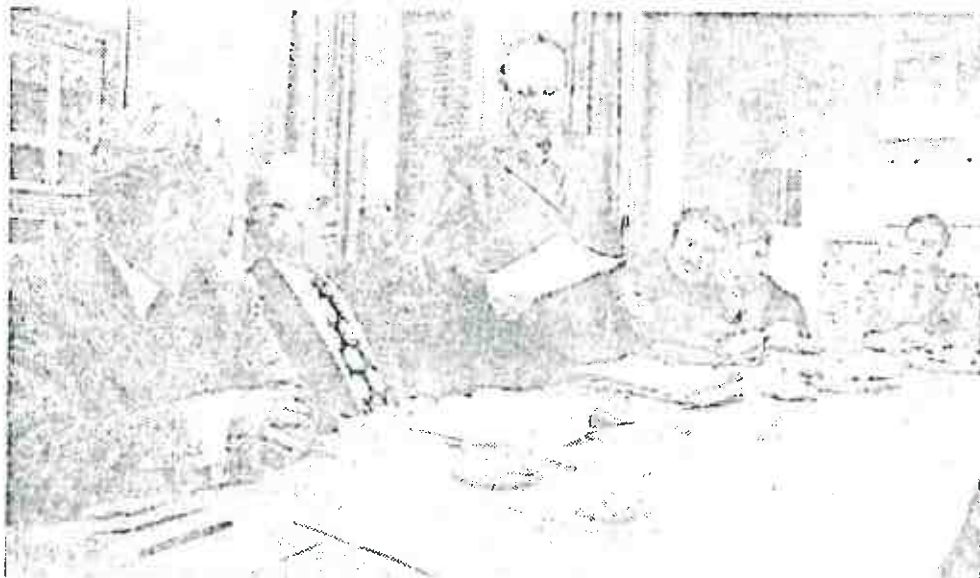
Mit vorzüglicher Hochachtung



(Schäfer)

Verbandsvorsteher

Anlagen



Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke (Zweiter von links) informiert sich am Donnerstag in Heringen über Grenzprobleme, die Landrat Bährens (ganz links) und der Heringer Bürgermeister Georg Schäfer (Dritter von links) vortrugen. Neben Schäfer MdL Edwin Zerbe und der Grenzbeauftragte der Landesregierung, Hans Otto Weber. (jno/Foto: Thannhäuser)

Wasserversorgung bereitet Sorgen

Bürgermeister Schäfer trug Minister Franke Anliegen der Gemeinde vor

Bad Hersfeld/Heringen (jno). Im Bereich des Werratales im Kreis Hersfeld-Rotenburg bestünden entlang der DDR-Grenze besondere Probleme, die es in anderen Räumen der Bundesrepublik nicht gebe. Deshalb verdiene dieses Gebiet die Hilfe des innerdeutschen Ministeriums, erklärte der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, am Donnerstagnachmittag in Heringen.

Zuvor hatte der Bürgermeister der Gemeinde, Georg Schäfer, die Versorgungssituation der Bevölkerung mit Trinkwasser geschildert. Er hatte dabei darauf hingewiesen, daß durch die Versenkung der Kalilauge zu beiden Seiten der innerdeutschen Grenze das Grundwasser versalzen und unbrauchbar geworden sei.

Die Verunreinigung der Werra durch eingelassene Kalilauge sei sicher Gegenstand von Ge-

sprächen in der gemischten Kommission, nicht aber die Problematik, die sich aus der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung ergebe.

Schäfer teilte mit, daß der Beschaffungsverband Hersfeld-Ost bisher zehn Millionen DM für die Heranführung des Trinkwassers aus weiterer Entfernung aufgewendet habe, aber noch zwei bis drei Millionen DM benötigt würden, um den Wasserbedarf der Einwohner zu sichern. Es habe bisher nicht erreicht werden können, die erforderlichen zusätzlichen Gelder zu beschaffen, weil es nicht gelungen sei, die Verursacher zu nennen. Das aber werde gefordert.

Schäfer schilderte die schwere Finanzlast, die den Wasserbeschaffungsverband Hersfeld-Ost belaste und noch unerträglicher werden müsse falls die restlichen Gemeinden (Philippsthal)

an das zentrale Versorgungsnetz angeschlossen werden. Die echten Belastungen auf den Wasserpreis umgerechnet, würden einen Kubikmeterpreis von drei DM ergeben. — Das würde zu Protesten unter der Bevölkerung führen —, sagte Schäfer, die an diesem Zustand unschuldig sei.

Franke sicherte einem entsprechenden Antrag wohlwollende Prüfung zu. Erster Kreisbeigeordneter Norbert Kern schilderte als der für die Hersfelder Kreisbahn zuständige Beamte deren Situation und forderte wie auch Landrat Bährens zuvor ihre Gleichstellung entsprechend den Bestimmungen der Europäischen Gemeinschaft.

Auch die mögliche Schaffung neuer Kontrollwege entlang der DDR-Grenze, die vorwiegend von US-Fahrzeugen benutzt werden, wurde erörtert.

Wasserversorgung im Werratal gefährdet

Heringens Bürgermeister Schäfer unterrichtete Bundesminister
Franke — 1. Beigeordneter Kern: Benachteiligte Kreisbahn

Heringen (iz). Bei einem Besuch in Heringen wurde der Bundesminister für innerdeutsche Angelegenheiten, Franke, eingehend von Bürgermeister Georg Schäfer über die Probleme der Wasserversorgung im Werratal informiert. Schäfer, der auch in seiner Eigenschaft als Vorsteher des Wasserbeschaffungsverbandes Hersfeld-Ost sprach, wies den Minister auf die erheblichen finanziellen Belastungen hin, die diesem Raum durch die Notwendigkeit, Wasser aus größerer Entfernung heranzuführen, entstanden sind. Er überreichte ihm einen Antrag auf eine größtmögliche Unterstützung mit den entsprechenden Unterlagen.

Er wies dabei besonders darauf hin, daß diese Frage ein Problem von überörtlicher Bedeutung vor allem auch wegen der Versalzung der Quellen im Werratal sei. Ohne entsprechende Hilfen sei man gezwungen, unverhältnismäßig hohe Wassergebühren zu erheben, die man der Bevölkerung nicht zumuten könne. Schnelle Hilfe sei hier notwendig, erklärte Schäfer abschließend.

Der Erste Kreisbeigeordnete Norbert Kern ging auf die Probleme der Hersfelder Kreisbahn ein, die zu einem wesentlichen Teil auf die Benachteiligung der Bahn gegenüber der Bundesbahn zurückzuführen sind. Kern wies dabei auch auf die politische Bedeutung der Bahnlinie als einzige störungsfreie Strecke für den Gülerumschlag der Kaliwerke des Werratal's hin, und er führte unter anderem aus, daß das Un-

ternehmen bei entsprechender Unterstützung und Beseitigung der Nachteile in der Lage wäre, rentabel zu arbeiten. Dabei wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß der Gütertransport durch die DDR teurer als der über die Kreisbahn ist. Durch die Verluste der Kreisbahn werde der Kreisrat erheblich belastet, hob Landrat Otto Ulrich Bährens hervor.

Bährens sprach in seinen Ausführungen noch weitere Probleme an, wie die Unterstützung bei der Beschaffung von Arbeitsplätzen im Grenzgebiet.

Bevor Minister Franke die Einrichtungen der Gesamtschule besichtigte, dankte Bürgermeister Georg Schäfer für die bisherige Bereitstellung von Mitteln, durch das Ministerium, durch die die Ausführung öffentlicher Projekte möglich gewesen sei.